

Dänemark

CHRISTIAN THUNE

Die Diskussion über neue Chancen und Beschränkungen, die die Vollendung des Binnenmarktes mit sich bringt, hat sich in Dänemark 1988 merklich intensiviert. Diese und andere europapolitische Debatten waren in einem Maße von Einigkeit und Zurückhaltung geprägt wie nie zuvor seit Dänemarks Beitritt zur Europäischen Gemeinschaft 1973. Die Mehrheit der Wähler zeigte sich zwar immer noch skeptisch gegenüber der EG, doch konnte nach den Parlamentswahlen vom Mai 1988 eine neue Minderheitsregierung gebildet werden mit der – ungewöhnlichen – Aussicht auf arbeitsfähige Mehrheiten in außen- und europapolitischen Fragen.

Die Parlamentswahlen vom Mai 1988

Am 14. April 1988 kam es bei einer Fragestunde zur Außenpolitik im Folketing, dem dänischen Parlament, zu einer hitzigen sicherheitspolitischen Debatte, die in einem Entschließungsantrag gipfelte, der von den Sozialdemokraten, der Sozialistischen Volkspartei, den Radikalliberalen und der kleinen neuen Partei „Gewerkschaftlicher Gemeinschaftskurs“ gegen die Stimmen der Koalitionsparteien (Konservative, Liberale, Zentrumsdemokraten, Christliche Volkspartei) verabschiedet wurde¹. Wegen der „alternativen“ Mehrheit im Folketing hatte die Koalitionsregierung unter Poul Schlüter in ihrer sechsjährigen Amtszeit in außenpolitischen Fragen – vor allem in der Sicherheitspolitik, aber auch in der EG-Politik – bereits einige ähnliche Niederlagen hinnehmen müssen. Diese 22. Niederlage war, so Schlüter, nicht mehr tragbar. Im Wahlkampf für die dann angesetzten Neuwahlen dominierten außenpolitische Themen. Zwei Wochen vor der Wahl am 10. Mai ergab eine Umfrage, daß für die Wähler Sicherheit und Verteidigung das wichtigste Thema des Wahlkampfes war (24%), gefolgt von Wirtschaft und Finanzen (21%). Die EG und Außenhandel rangierten am Ende der Skala mit 2%².

Nach der Wahl bildeten Konservative, Liberale und Radikalliberale eine neue Koalitionsregierung. Die Einbeziehung der Radikalliberalen machte die alternative Mehrheit zunichte; zudem wurde bei Verhandlungen im Herbst der Grundstein für einen neuen außenpolitischen Konsens zwischen den Regierungsparteien und den Sozialdemokraten gelegt. Dieser Konsens wurde im November anläßlich einer großen außenpolitischen Debatte zur Sicherheitspolitik explizit bekräftigt; zugleich gab es – erstmals seit Jahren – deutliche Anzeichen dafür, daß die für die Auseinandersetzung zwischen Sozialdemokraten und Rechtsparteien charakteristische Polarisierung der europapolitischen Standpunkte abnahm³. Die

Wahlen vom Mai 1988 könnten daher im Rückblick als Wendepunkt in der dänischen Außenpolitik seit Kriegsende gesehen werden.

Die Europäische Gemeinschaft als Thema im Folketing

Die neue Partei „Gewerkschaftlicher Gemeinschaftskurs“ verlor bei den Neuwahlen ihre Mandate. Am 18. Februar hatte sich eine Mehrheit im Folketing gegen den Vorschlag dieser Partei ausgesprochen, ein Referendum zur dänischen EG-Mitgliedschaft abzuhalten. Bemerkenswert war, daß die Sozialistische Volkspartei erklärte, sie könne ein solches Referendum nicht unterstützen, da keine Aussicht auf einen Sieg der EG-Gegner bestehe⁴. Nach der Niederlage des „Gewerkschaftlichen Gemeinschaftskurses“ gibt es damit zum ersten Mal seit 1973 keine Partei im Folketing, die ein sofortiges Referendum zur EG-Mitgliedschaft fordert. Das neue Konsens-Klima prägte dann auch die Parlamentsdebatte über die Regierungspläne zur Anpassung an den Binnenmarkt am 25. November, in der besonders intensiv über die Steuerharmonisierung diskutiert wurde. Die Debatte war bemerkenswert friedlich und wurde ausnahmsweise nicht mit der Abstimmung über einen Entschließungsantrag beendet⁵.

1986 hatte das Folketing den Antrag des Marktausschusses angenommen, auf dessen Initiative Vorschläge der EG-Kommission im Plenum zu beraten. Ziel war es, den Entscheidungsprozeß dänischer Europapolitik zu verbessern und Interesse und Verständnis der Wähler zu stärken. Am 1. Dezember 1988 beriet das Folketing dementsprechend über fünf Vorschläge. Dabei mußte der Sprecher der Sozialdemokraten, Ivar Nørgaard, der sich für dieses Prozedere eingesetzt hatte, eingestehen, daß der Erfolg fraglich sei: Die Medien zeigten keinerlei Interesse an der Behandlung europapolitischer Fragen im dänischen Parlament. Die Absicht, eine öffentliche Diskussion über Vorschläge der EG-Kommission anzuregen, schien sich nicht verwirklichen zu lassen. Die Parlamentsdebatte selbst verlief zwar friedlich, eine tiefgehende politische Diskussion erwies sich jedoch angesichts der äußerst fachspezifischen Themen als schwierig⁶.

Die Finanzreform der Gemeinschaft

Der Brüsseler Sondergipfel vom Februar 1988 bestätigte in dänischer Sicht ein Zwei-Stufen-Konzept, das die weitere Entwicklung der Gemeinschaft sichern und beschleunigen soll: Die erste Stufe war die Einheitliche Europäische Akte (EEA) mit ihrer Ausrichtung auf die Vollendung des Binnenmarktes, Forschungs- und Technologiepolitik, Umweltpolitik und politische Zusammenarbeit. Die zweite Stufe war dann die Finanzreform, die den finanziellen Rahmen für die Entwicklung und Konsolidierung der Gemeinschaft bis 1992 vorgibt. Aus dänischer Sicht war die Finanzreform durchaus zufriedenstellend. Man war sich darüber im klaren, daß der wirtschaftliche Nettogewinn, der Dänemark aus der EG-Mitgliedschaft wächst, im Zuge der Reform reduziert werden würde. Das Ergebnis der Verhandlungen war dann aber für Dänemark insgesamt akzeptabel. Die grundlegenden Prinzipien der Agrarpolitik wurden beibehalten, so daß Dänemark der

freie Zugang zu den Märkten der EG-Staaten bei garantierten Mindestpreisen gesichert bleibt. Auch wenn eine Verringerung der dänischen Agrarprofite zu erwarten ist, wird der größte Teil der aus der EG-Mitgliedschaft entstehenden wirtschaftlichen Gewinne weiterhin aus dem Agrarsektor stammen⁷.

Steuerharmonisierung

Seit dem Referendum zur EEA vom Februar 1986 wurde in Dänemark immer wieder die Frage der indirekten Besteuerung diskutiert, die eng mit dem dänisch-deutschen Handel zusammenhängt. Seit 1973 profitiert Dänemark von einer Ausnahmeregelung gegenüber dem EG-Recht in bezug auf den freien Warenverkehr von Reisenden. Nach dieser sogenannten „Zwei-Tages-Regel“ dürfen dänische Reisende, die weniger als 48 Stunden im Ausland waren, nur eine sehr begrenzte Menge zollfreier Güter einführen. Ende 1988 wurde diese Ausnahme mit geringen Änderungen für weitere zwei Jahre verlängert. Befürchtet werden in Dänemark Einkommensverluste und negative Folgen für den Einzelhandel in den Grenzregionen, falls die dänische Ausnahmeregelung im Zuge einer Steuerharmonisierung gestrichen würde. Der Grenzhandel wird jedoch gerade durch die derzeit bestehende bedeutende Differenz zwischen dem Niveau der indirekten Besteuerung in Dänemark und in der Bundesrepublik Deutschland stimuliert. Diese Situation ist langfristig sicher unhaltbar⁸.

Handelspolitik

Die dänische Agrarwirtschaft reagierte mit äußerster Beunruhigung auf den im Herbst 1988 drohenden Handelskrieg zwischen den USA und der EG, der sich an der EG-Entscheidung, ein Import-Verbot für hormon-behandeltes Fleisch zu verhängen, entzündete⁹. Die Amerikaner drohten im Gegenzug mit einem Import-Verbot für einzelne Agrarprodukte der EG. Doch selbst angesichts dieser Drohung, die auch die umfangreichen dänischen Schinken-Exporte in die USA betraf, zögerten die Dänen nicht, die EG-Entscheidung zu unterstützen. Ende des Jahres konterteten die USA schließlich mit einem revidierten Warenverzeichnis, das die betroffenen dänischen Exporte auf einen Wert von insgesamt 6 Mio. US-Dollar reduziert.

Vorbereitungen für den Binnenmarkt

Die 1986 einsetzende dänische Debatte über den Binnenmarkt hatte sich zunächst fast ausschließlich auf mögliche Risiken für die dänischen Umweltschutzregelungen beschränkt. Inzwischen wird zunehmend wahrgenommen, daß die dänischen Vorschriften nicht aufgegeben werden müssen und daß zugleich das Umweltbewußtsein in den anderen EG-Ländern sich dem „skandinavischen Niveau“ annähert. 1988 konzentrierte sich die Diskussion verstärkt auf die positiven und negativen Auswirkungen des Binnenmarktes auf das industrielle Wachstum. Nicht nur der dänische Industrieverband und die Regierungsparteien, auch die Gewerk-

schaften und die Sozialdemokraten betonten, daß das dänische Wohlfahrtssystem vor allem vom Wachstum der Industrieexporte abhängt¹⁰.

Die Regierung räumte ihrer Informationskampagne zum Binnenmarkt größte Priorität ein. Doch scheint die Kampagne die Zustimmung der Dänen zur Vollen- dung des Binnenmarktes nur leicht verstärkt zu haben. In zwei Umfragen vom Fe- bruar und vom Oktober wurden die Dänen nach ihrem Informationsstand befragt. Zwischen beiden Umfragen stieg der Anteil derjenigen, die sich mehr oder weni- ger gut informiert fühlten, von 23 auf 30%, der Anteil der Schlechtinformierten sank von 77 auf 70%. Zugleich wurde gefragt, ob der Binnenmarkt für Dänemark positive Folgen haben werde oder nicht. Im Februar erwarteten 34% der Befrag- ten positive Auswirkungen, im Oktober 45%; der Anteil der negativen Antworten fiel von 70 auf 59%. Die Zahlen belegen, daß auch im Oktober die Mehrheit sich noch schlecht informiert fühlte und den Binnenmarkt eher negativ beurteilte¹¹. Positiver war die Haltung der dänischen Industrie: Nach einer offiziellen Umfrage bei 700 größeren Industrieunternehmen, die 60% der Beschäftigung im Industrie- sektor repräsentieren, rechneten 53% der Firmen mit Kosteneinsparungen und 50% mit Exportsteigerungen. Keine Änderungen in beiden Fragen erwarteten 44%¹².

Schutz der dänischen Ferienhäuser

Die sogenannte „Ferienhaus-Debatte“ war durch eine – wie gesagt für die däni- sche EG-Debatte charakteristische – starke Politisierung gekennzeichnet. Das Preisniveau der zahlreichen Ferienhäuser entlang der dänischen Küste liegt deut- lich unter dem der Bundesrepublik Deutschland, und dementsprechend gibt es strenge Vorschriften, die den Erwerb dieser Häuser durch Ausländer verhindern sollen. Doch bereits seit der Diskussion im Vorfeld des Referendums von 1973 wird in Dänemark befürchtet, daß Westdeutschen im Zuge der Entwicklungen in der Gemeinschaft der Kauf dänischer Ferienhäuser ermöglicht werde. Während der Wahlkampagne im Mai warfen die Oppositionsparteien der Regierung vor, das Folketing nicht darüber informiert zu haben, daß die EG-Richtlinie zur Libe- ralisierung des Kapitalverkehrs die strikten Ferienhaus-Regelungen in Frage stel- le. Die Regierung bestritt jedoch diese Folgewirkung der Richtlinie¹³. Doch gleich nach Amtsantritt der neuen Regierung mußte Wirtschaftsminister Niels Helweg Petersen, Parteichef der Radikalliberalen, in Brüssel mit Kommissionspräsident Jacques Delors über den dänischen Wunsch verhandeln, in die 4. Kapitalverkehrs- richtlinie eine Klausel aufzunehmen, derzufolge nationale Gesetze über den An- kauf von Immobilien, die nicht das ganze Jahr genutzt werden, Gültigkeit behal- ten, bis der Ministerrat hierzu gemäß Art. 69 EWG-Vertrag weitere Entscheidun- gen trifft. Die dänische Regierung hatte mit dieser Initiative Erfolg, und da für Beschlüsse nach Art. 69 Einstimmigkeit notwendig ist, scheinen dänische Ferien- häuser vor Ausländern gut geschützt.

Schlüters Londoner Rede

Am 20. September 1988 sprach Ministerpräsident Poul Schlüter zu der Amerikanisch-Europäischen Gesellschaft in London¹⁴. Er machte zwei grundlegende Tendenzen aus, die die Entwicklung Europas in der nächsten Dekade bestimmen werden: die abnehmende Bedeutung des Nationalstaates und die Entstehung der Informationsgesellschaft. Auf einigen Gebieten werde der Nationalstaat zugunsten der multilateralen Ebene an Einfluß, Macht und Kompetenz verlieren; die Existenz des Nationalstaates, wie er für das industrielle Zeitalter in Westeuropa typisch sei, entspreche nicht den Bedürfnissen der Informationsgesellschaft. Die Stoßrichtung von Schlüters Rede war sicher eine andere als die der Rede von Margaret Thatcher am selben Tag in Brügge, wo sie erneut ihre Interpretation der Europäischen Gemeinschaft als Kooperation souveräner Staaten bekräftigte. Frau Thatchers Ansichten stimmten mit der traditionellen dänischen Haltung zur Europäischen Gemeinschaft, wie sie in den meisten Medien und in den politischen Parteien geäußert wird, mehr überein als Schlüters Ausführungen. Eine Umfrage im Dezember 1988 (Observa Institute) zeigte klar die Beständigkeit der Dänen in der Frage der Souveränität im Hinblick auf die Europäische Gemeinschaft: Auf die Frage, ob sich die EG zu den Vereinigten Staaten von Europa entwickeln solle, antworteten 19% mit Ja, 57% mit Nein. 65% stimmten dagegen zu, daß die EG nur eine Handelskooperation sein solle; 18% der Befragten verneinten dies. Schlüters Rede löste daher eine sehr lebhaftete Debatte aus; in mehreren Erklärungen mußte er betonen, daß er keineswegs gedenke, die Souveränität Dänemarks anzutasten.

Die Europäische Politische Zusammenarbeit

Über die dänische Beteiligung an der Europäischen Politischen Zusammenarbeit (EPZ) gab es 1988 keine Kontroversen. Zugleich verstärkte sich allerdings die außenpolitische Kooperation der nordischen Länder¹⁵. Dänemark hatte in einer Erklärung zur EEA sichergestellt, daß die EPZ die Beteiligung Dänemarks an der nordischen Zusammenarbeit im außenpolitischen Bereich nicht berührt. In der politischen Debatte nahm das Thema der europäischen Zusammenarbeit im Verteidigungsbereich immer mehr Raum ein. Regierungsparteien und Sozialdemokraten waren sich einig über die Notwendigkeit, den europäischen Pfeiler in der NATO zu stärken; ob dies eher im Rahmen der EPZ oder der WEU zu leisten sei, wurde in allen Parteien und in den Medien intensiv diskutiert. Ein Ergebnis des neuen Konsenses von Regierung und Sozialdemokraten nach den Wahlen war die Einrichtung eines ständigen Ausschusses für Sicherheitspolitik¹⁶.

Dänemark zwischen den nordischen EFTA-Mitgliedern und der EG

Seit dem EG-Beitritt hat Dänemark wiederholt auf seine Bedeutung als „Brücke“ zwischen der Gemeinschaft und den nordischen EFTA-Ländern hingewiesen. Es ist daher für Dänemark von besonderem Interesse, daß die Vollendung des Bin-

nenmarktes in Norwegen, Schweden und Finnland zu einer merklich intensivierten Debatte über Für und Wider eines EG-Beitritts geführt hat¹⁷. In dänischer Sicht spricht einiges für eine engere Verbindung zu den nordischen EFTA-Ländern bzw. für ihren Beitritt zur EG. Zum einen hat Dänemark mit den nordischen Ländern enge Handelsbeziehungen; von noch größerer Bedeutung könnte aber sein, daß die dänischen Positionen in der Gemeinschaft gestärkt würden, wenn Dänemark weitere Vertreter des skandinavischen Modells zur Seite stünden. Und angesichts der Präferenz dänischer Wähler – wenn nicht auch dänischer Regierungen – für die nordische Zusammenarbeit könnte sich die Befürwortung der EG-Mitgliedschaft merklich steigern, wenn auch andere nordische Länder der Gemeinschaft angehören¹⁸.

Ausblick auf die Europawahl

Ende 1988 lief die Kampagne für die dritten Direktwahlen des Europäischen Parlaments im Juni 1989 mit einem bescheidenen Auftakt an. Die Sozialdemokraten wählten auf ihrem Parteitag im September 1988 eine fast unbekannte 28jährige Frau als Spitzenkandidatin. Auch in den anderen Parteien stellten sich keine herausragenden, landesweit bekannten Politiker zur Wahl. Weit verbreitet war die Erwartung, daß die Ergebnisse der Europawahl die zunehmend pragmatische und zustimmende Haltung der dänischen Wähler in bezug auf die EG-Mitgliedschaft widerspiegeln werde. Doch kündigte Schlüter im Frühjahr 1989 an, daß wenige Wochen vor der Europawahl ein umfassender Regierungsplan zur Lösung der schweren wirtschaftlichen Probleme Dänemarks vorgelegt werde. Die Dänen werden daher bei der Wahl eher ihre Einstellung zu den von der Regierung vorgeschlagenen wirtschaftlichen und finanziellen Einschränkungen zum Ausdruck bringen als ihre Meinung zur Europäischen Gemeinschaft und zur dänischen Europapolitik.

Anmerkungen

Übersetzung aus dem Englischen von Anita Wolf, Jahrbuch-Redaktion, Universität Mainz.

- 1 F 32, Fortryk til Folketingets Forhandlinger 1987–88, Spalte 9746.
- 2 Umfrage des Vilstrup Institute, veröffentlicht in: Politiken vom 29. 4. 1988.
- 3 F 5, Fortryk til Folketingets Forhandlinger 1988–89, Spalte 1935.
- 4 B 69, Fortryk til Folketingets Forhandlinger 1987–88, Spalte 6849.
- 5 F 6, Fortryk til Folketingets Forhandlinger 1988–89, Spalte 2605.
- 6 EF 1, Fortryk til Folketingets Forhandlinger 1988–89, Spalte 2968.
- 7 Vgl. Møller, Otto E. (Direktor im Außenmini-

sterium): Den internationale situation og Danmarks udenrigspolitisk i 1988, in: Petersen, Nikolaj und Christian Thune (Hrsg.): Dansk Udenrigspolitisk Årbog 1988, Jurist- og Økonomiforbundets Forlag, Copenhagen 1989.

- 8 Vgl. Hansen, K. Storm: Modstand mod harmonisering af moms og afgifter i EF, in: Jyllandsposten vom 13. 4. 1988.
- 9 Vgl. Ellemann-Jensen, Uffe (Außenminister): Ingen grund til panik, in: Erhvervsbladet vom 29. 11. 1988.
- 10 S. Industrirådet: Industrien, afgifterne og EF's indre marked, Industrirådets informationsafdeling, September 1988; Pittelkow,

- Ralf: Det indre marked og lønmodtagerne. Et debatoplæg, Specialarbejder Forbundet i Danmark, Februar 1989
- 11 Umfrage des Observa Institute, s. Jyllandsposten vom 23. 10. 1988.
- 12 S. Industri og energi, Statistiske Efterretninger 1988, Nr. 9.
- 13 S 375, Fortryk til Folketingets Forhandlinger 1988-89, Spalte 1557.
- 14 Die Rede ist abgedruckt in Petersen/Thune, a.a.O.
- 15 S. z. B. das Communiqué des Treffens der nordischen Außenminister in Tromsø vom 23./24. 3. 1988, abgedruckt in Petersen/Thune, a.a.O.
- 16 Dessen erste Aktion bestand darin, den Anstoß für eine umfassende Studie über die Rahmenbedingungen europäischer Verteidigungskooperation zu geben; s. Fortryk til Folketingets Forhandlinger 1988-89, Spalte 1956.
- 17 Vgl. Møller, J. Østrøm: Norden – randområde for EF, in: Samfundsøkonomen 3 (1988), S. 15-21.
- 18 Vgl. Bjerregaard, Ritt: Pengepung og hjerte, in: ebd., S. 4-8.

Weiterführende Literatur

- Gulmann, Claus: The Single European Act – Some remarks from a Danish Perspective, in: Common Market Law Review, Vol. 24, no. 1, Leiden 1987.
- Petersen, Nikolaj und Christian Thune (Hrsg.): Dansk Udenrigspolitisk Årbog 1988, Dansk Udenrigspolitisk Institut/Jurist- og Økonomforbundets Forlag, Copenhagen 1989.
- Schumann, Wolfgang: Dänemark in der Gemeinschaft. Bestimmungsfaktoren und Handlungsspielräume dänischer EG-Politik, Stiftung Wissenschaft und Politik, Ebenhausen 1985.
- Tygesen, K. E.: Den danske EF-beslutningsproces, in: Haagerup, N. J. und Christian Thune (Hrsg.): Folketinget og udenrigspolitikken, Dansk Udenrigspolitisk Institut/Jurist- og Økonomforbundets Forlag, Copenhagen 1986, S. 55-67.